

Die Langfristschäden angebotsorientierter Wirtschaftspolitik

Prof. Dr. Karl Georg Zinn, geb. 1939 in Kassel, studierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Freiburg und Mainz. Er ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Technischen Hochschule Aachen.

Überblick

Das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht der Bundesrepublik belastet Investitionen, Beschäftigung und strukturellen Wandel. Der Leistungsbilanzüberschuß ist wirtschaftspolitisch gewollt, so daß alle damit verknüpften Instabilitäten der Wirtschaftspolitik mit anzulasten sind. Der Leistungsbilanzüberschuß gewährt nicht nur einen erheblichen Spielraum für binnenmarkt-orientierte Expansionspolitik keynesianischen Typs, sondern läßt sich überhaupt nur dann *exportunschädlich* beseitigen, wenn die Binnennachfrage wächst.

Der empirisch richtige Befund, daß fast alle Wirtschaftsbereiche, speziell die strukturell schwachen, direkt oder indirekt von weltwirtschaftlichen Entwicklungen berührt sind, führt häufig zu dem theoretisch falschen Schluß, der binnenwirtschaftliche Handlungsspielraum für nachfragestützende Politik sei wegen der Außeneinflüsse erschöpft.

Die *Einseitigkeit* der angebotsorientierten Politik verhindert durch ihre Bevorzugung des Exports eine volkswirtschaftlich optimale Investitionstätigkeit der Exportindustrien selbst wie auch aller übrigen Sektoren. Die Nachfragediskriminierung bremst damit Wachstum und wachstumsintegrierten Strukturwandel. Erfolge kann die Angebotspolitik nur bei der Rationalisierung bzw. dem innerbetrieblichen Strukturwandel verbuchen. Insgesamt wird damit zwar das Wachstumspotential verbessert, aber das Wachstum selbst gebremst. Die verminderten Wachstumskräfte werden zudem regional und sektoral auf jene Anbieter verlagert, die auf noch relativ nachfragestarken Auslandsmärkten operieren. Die Exportbegünstigung hat konzentrationsfördernde Effekte und benachteiligt die Klein- und Mittelunternehmen, deren Exportquote durchschnittlich niedriger liegt als die der Großunternehmen.

Die Kritik an der *Einseitigkeit* der Angebotspolitik geht nicht nur mit einem erneuten Plädoyer für Nachfragestimulierung einher sondern korrigiert auch jene falschen Vorstellungen, daß die Weltmarktabhängigkeit keine bzw. nur geringfügige binnenmarktorientierte Expansionsmaßnahmen erlaube. Auf die Diskussion über die internationalen Zins- bzw. Finanzmarktzusammenhänge kann hier nicht eingegangen werden, aber die nachstehende, auf den realwirtschaftlichen Bereich bezogene Analyse stellt auch eine starke Relati-

vierung jener wirtschaftspolitischen Positionen dar, die mit Verweis auf zinsinduzierte Kapitalabflüsse ins Ausland zu extrem defensiven binnenwirtschaftlichen Ausweichstrategien raten.¹

Außenwirtschaftliches Ungleichgewicht gefährdet den Export und dämpft die gesamtwirtschaftliche Investitionstätigkeit

Die angebotsorientierte Politik der Bundesregierung deflationierte die Binnenmarktexpansion zugunsten der Exporte, obgleich die Überbewertung des US-Dollars ohnehin eine ungewöhnliche Exportzunahme hervorrief. Der Verzicht auf Maßnahmen zur binnenwirtschaftlichen Wachstums- und Beschäftigungsbelebung hielt den bundesdeutschen Import unter dem zum Ausgleich der Leistungsbilanz notwendigen Niveau. Die hohen Leistungsbilanzüberschüsse verletzten zweifellos das stabilitätspolitische Ziel, ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht zu gewährleisten (§1 Stabilitätsgesetz).

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, stellt in seiner jüngsten Strukturberichterstattung unter dem Titel „Exportgetriebener Strukturwandel bei schwachem Wachstum“² lapidar fest, daß die einseitige Angebotsorientierung bestehende Strukturprobleme nicht zu beseitigen vermochte, aber neue vorprogrammiert: „Die Bundesrepublik Deutschland wird immer zu den Ländern gehören, die stärker als andere in die internationale Arbeitsteilung eingebunden sind. Insofern sind höhere Exportquoten auch eine der Voraussetzungen für die Sicherung des Einkommensniveaus. Die Konsequenzen der derartigen Strategie müssen aber entsprechend hohe Importe bilden, so daß über einen längeren Zeitraum hinweg nur moderate Leistungsbilanzüberschüsse entstehen. Hierzu ist eine stärkere Erschließung der Binnenachfrage notwendig, als wir sie in den letzten Jahren beobachten konnten. Exportgetriebener Strukturwandel bei schwachem Wirtschaftswachstum kann zum Ausgangspunkt neuer struktureller Schwierigkeiten werden.“³

Das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht der Bundesrepublik schlug sich in Aufwertungserwartungen der Investoren nieder, das heißt sie rechne(te)n mit einer Abwertung des Dollarkurses, als deutlich wurde, daß das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht nicht durch die volkswirtschaftlich sinnvolle Angleichung der Importe an die Exporte zustande kommen würde. Aufwertungserwartungen verbinden sich mit der Erwartung einer Export- und Konjunkturabschwächung. Diese *mittelfristig* ungünstigen Erwartungen können durchaus mit kurzfristigem Exportoptimismus verbunden sein. Die kurzfristigen - auf sechs bis zwölf Monate bezogenen - Erwartungen sind in der Regel

1 Vgl. beispielsweise Scharpf, Fritz W., Weltweite, europäische oder nationale Optionen der Vollbeschäftigungspolitik?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 39, Jan. 1988, S. 14-25.

2 Vgl. Arbeitskreis Strukturberichterstattung des DIW, Exportgetriebener Strukturwandel bei schwachem

- Wachstum. Kurzfassung der Strukturberichterstattung 1987 des DIW, in: DIW Wochenbericht, 6/88, Jg. 55, vom 11. Febr. 1988, S. 75-90.

3 Ebenda, S. 76.

jedoch *nicht* investitionsentscheidend, sondern die Investoren richten sich nach den mittelfristigen Aussichten.

Die angebotsorientierte Politik verwirft binnenwirtschaftliche Expansionsmaßnahmen und nutzt selbst die Kombinationsmöglichkeiten einer angebots- und nachfrageorientierten Strategie - etwa durch Ausbau der Infrastruktur - völlig unzureichend; geschweige denn, daß ein mittelfristig, konjunkturzyklusübergreifendes Expansionsprogramm Steuer- und finanzpolitisch vorbereitet würde. Der absehbare Exportrückgang wird die bundesdeutsche Wirtschaft daher in voller Breite treffen.

Angebotsorientierte Politik basiert auf einer grundsätzlichen Fehlbeurteilung der für die langfristige Wachstumsschwäche maßgeblichen Faktoren. Seit den sechziger Jahren sank die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote infolge des tendenziellen Rückgangs der Bauinvestitionen. Insgesamt ergibt sich das Bild anhaltender Nachfrageabschwächung, aber keinesfalls eines Rückgangs der Modernisierungs- und Rationalisierungsprozesse.⁴ Die Rationalisierungskomponente des technischen Fortschritts und damit die innerbetrieblichen Anpassungsprozesse erwiesen sich als äußerst dynamisch. Damit erklärt sich auch der langfristig günstige Verlauf der bundesdeutschen Lohnstückkostenentwicklung im internationalen Vergleich⁵ und die hohe Exportquote.

Tabelle 1: Entwicklung der Investitionsquoten der Bundesrepublik Deutschland

	1960	1970	1984
Investitionsquote – insgesamt –	28,2	27,3	21,6
Ausrüstungen	8,0	9,7	8,4
Bauten	19,7	17,6	13,2

Quelle: Kampmann, RWI-Mitteilungen, 1986/87, S. 281.

Die langfristige Abnahme der Investitionsquoten und die Verlagerung von den Erweiterungs- zu den Rationalisierungsinvestitionen signalisiert, daß das Haupthindernis der Investitions- und Wachstumsdynamik auf der Absatz- bzw. Nachfrageseite liegt. Dieser Befund wurde auch wiederkehrend durch Unternehmensbefragungen etwa im Rahmen der Investitionstests des Münchener Ifo-Instituts bestätigt. Verminderte Erweiterungsinvestitionen bedeuten, daß die Zahl der *standortsuchenden* Investoren sinkt. Gleichzeitig werden durch räumliche Konzentration von bisher geographisch verteilten Produktionsbetrieben eines Unternehmens häufiger Betriebsstätten stillgelegt. Von dieser Entwicklung werden die strukturschwachen Regionen besonders hart getroffen.

4 Vgl. zur ausführlichen Analyse Kampmann, Richarda, Die Investitionstätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland - Eine regional und sektoral disaggregierte Analyse, in: RWI-Mitteilungen, Jg. 37/38, H 2, 1986/87, S. 279-302.

5 OECD Economic Outlook, Nr. 42, Dez. 1987, S. 60, Tab. 30 B.

Der Verzicht auf eine dauerhaft angelegte inländische Nachfragepolitik drängte die Anbieter verstärkt auf die Auslandsmärkte und erklärt, warum der Leistungsbilanzüberschuß in die Größenordnung eines erheblichen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts hineinwuchs. An der verstärkten Exportorientierung waren durchaus auch strukturschwache Regionen beteiligt, wie etwa der Anstieg der Exportquote von Nordrhein-Westfalen und insbesondere des Ruhrgebietes zeigt.⁶ Die regionale Strukturschwäche beruht auch nicht auf einem Rationalisierungs- beziehungsweise Modernisierungsdefizit, wie die über dem Bundesdurchschnitt liegende Produktivität der nordrhein-westfälischen Industrie ausweist.

Die Rückkehr zu einer ausgeglicheneren Leistungsbilanz ist unvermeidlich. Die Belastung der Erweiterungsinvestitionen durch die Aufwertungserwartungen betrifft keineswegs nur die Exportgüterbereiche, sondern auch die binnenmarktorientierten Produktionen. Denn die Erwartung einer Exportabschwächung ist gleichbedeutend mit der Erwartung einer Konjunkturabschwächung, so daß mehr oder weniger *alle* Investoren von den außenwirtschaftlichen Unsicherheiten berührt sind.

Angebotsorientierte Politik zielt auf Zukunftsvertrauen der Investoren. Faktisch wird jedoch durch die Hinnahme des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts Verunsicherung bewirkt. Aufgrund der Aufwertungserwartungen beziehungsweise der Erwartung eines außenwirtschaftlich bedingten Konjunkturreinbruchs lag und liegt die gesamtwirtschaftliche Investitionstätigkeit unter jenem Niveau, welches bei außenwirtschaftlichem Gleichgewicht möglich wäre. Nicht die hohe *Exportquote* stellt ein Problem dar, sondern die *instabile Kombination* aus hoher Exportquote und außenwirtschaftlichem Ungleichgewicht.

Es besteht *kein* Zielkonflikt zwischen hohem Beschäftigungsniveau und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht für die Bundesrepublik. Für Volkswirtschaften mit ständigen Leistungsbilanzdefiziten mag sich dies anders darstellen. Wenn die Bundesregierung die binnenwirtschaftlichen Wachstums- und Beschäftigungsmöglichkeiten ausschöpfen würde, so verminderte sich auch das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht. Damit würden die investitionshemmenden Aufwertungserwartungen der Investoren verändert. Sie brauchten weder die Marktkräfte noch die politischen Einflußnahmen (etwa der US-Regierung) zu fürchten, die auf einen Abbau des bundesdeutschen Außenhandelsungleichgewichts drängen.

⁶ Die Exportquote des Verarbeitenden Gewerbes des als strukturschwach eingestuften Ruhrgebiets stieg von 1977 bis 1984 von 22,7 auf 28,7 Prozent des Gesamtumsatzes. Im Vergleich zum Exportquotenanstieg des Verarbeitenden Gewerbes der gesamten Bundesrepublik von 23,8 auf 28,9 Prozent schneidet das Ruhrgebiet also scheinbar besser ab. Das eigentliche Problem der strukturschwachen Region liegt in dem vergleichsweise geringeren Gesamtwachstum (des Umsatzes). Dies hängt mit Marktstagnation und -Schrumpfung zusammen, ist also nachf rageseitig zu erklären. Vgl. zu detaillierten Zahlenangaben Hamm, Rüdiger, Entwicklungsunterschiede zwischen den nordrhein-westfälischen Ballungsgebieten - Befund und Erklärungsansätze, in: RWI-Mitteilungen, Jg. 37/38, H 2, 1986/87, S. 217-237 (hier: S. 222).

Die mittelfristig überwiegend negativen Wirkungen der einseitigen Angebotsorientierung der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik sind zwar in erster Linie von der Bundesregierung zu verantworten, aber auch die bestellten Beratungsgremien wie der Sachverständigenrat und die Mehrzahl der Forschungsinstitute thematisieren den Zusammenhang des Doppel-Ungleichgewichts von Arbeitslosigkeit und Leistungsbilanzüberschüssen nicht öffentlich und damit politikwirksam; von der während der vergangenen Jahre einseitig auf das Ziel der Preisniveaustabilität ausgerichteten Bundesbank ganz zu schweigen.

Wenn die bundesdeutsche Wirtschaftspolitik nicht einmal bei *extrem* hohen *Leistungsbilanzüberschüssen* in der Lage ist beziehungsweise sich bereit findet, näherungsweise Vollbeschäftigung zu bewirken, wie katastrophal wird dann erst die Arbeitslosigkeit sein, wenn das volkswirtschaftlich, gesetzlich und politisch gebotene außenwirtschaftliche Gleichgewicht eintreten wird?

Der vorstehend skizzierten Argumentation mag vorgehalten werden, sie überschätze die investitionsdämpfende Wirkung der Aufwertungserwartungen. Ein solcher Einwand träfe recht verschiedene wirtschaftstheoretische Schulen, denn *Erwartungen* betrachten sowohl Keynesianer wie Neoklassiker als wichtige Einflußgröße für das Investitionsverhalten. Gegen die Notwendigkeit beziehungsweise die marktwirtschaftliche Unvermeidlichkeit eines Abbaus des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts lassen sich auch keine starken Einwände geltend machen. Also bliebe allenfalls die Spekulation auf die Kurzsichtigkeit von Investoren, die trotz absehbarer außenwirtschaftlicher Schwierigkeiten superoptimistisch investieren. Die gesamtwirtschaftlichen Investitionsdaten beweisen jedoch das Gegenteil.

Wie offensichtlich Aufwertungserwartungen inzwischen geworden sind, zeigt sich unter anderem an Japan. Die japanische Industrie rechnet auf mittlere Sicht mit einem Yen/Dollar-Kurs von 115 Yen und die japanischen Autoexporteure stellen sich sogar auf 100 Yen pro Dollar ein.⁷ Die Aufwertungserwartungen sind umso berechtigter, als Wirtschaftsfachleuten bekannt ist, daß die westlichen Zentralbanken zugunsten der Kursstabilisierung des US-Dollars gegen den marktwirtschaftlichen Abwertungsdruck intervenieren (Louvre-Vereinbarungen). Nach Schätzung der Schweizer Nationalbank betrug die Interventionssumme während des vergangenen Jahres etwa 140 Milliarden US-Dollar; das entspricht ungefähr dem amerikanischen Leistungsbilanzdefizit von 1987. Solche Interventionen können nicht mehr als ein Zwischenspiel sein.

Aufwertungserwartungen bezüglich der Deutschen Mark bedeuten Abwertungserwartungen gegen andere Währungen, speziell gegen den US-Dollar. Damit war und ist es für Direktinvestoren sinnvoll, im abwertungsverdächtigen Währungsgebiet zu investieren, um dort ein Produktionsstandbein zu

⁷ Vgl. Ernst, A., Japans Exportindustrie richtet sich auf Wechselkurs von 115 Yen/Dollar ein, in: Ifo-Schnelldienst, Jg. 41, Nr. 6/88, vom 29. Febr. 1988, S. 6.

etablieren. Ein Teil der bundesdeutschen Kapitalabflüsse in die USA folgt(e) diesem Motiv.⁸ Wegen des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts der Bundesrepublik beziehungsweise der investitionsdämpfenden Aufwertungserwartungen hat sich die Formel „höhere Gewinne = höhere Investitionen“ als endgültig unbrauchbar erwiesen. Die hohen Gewinne korrespondieren nämlich mit einer gesunkenen Lohnquote, und das heißt, viel Liquiditätshaltung (= Nachfrageausfall) aus Gewinnen und unzureichende Massennachfrage. Nachfrageorientierte Investitionen bleiben deshalb schwach.

Eine notwendige Differenzierung:
Investitionsschwäche, aber Rationalisierungsboom

Die angebotsorientierte Politik begünstigt den Rationalisierungsprozeß. Die gesamtwirtschaftliche Investitionsschwäche betrifft die arbeitsplatzschaffenden Erweiterungsinvestitionen. Die angebotsorientierte Politik bleibt gegenüber dieser Investitionsart jedoch *nicht neutral*, sondern dämpft sie. Erstens bedeutet der Verzicht auf nachfrageorientierte Maßnahmen, daß alle nachfrageinduzierte Investitionstätigkeit deprimiert gehalten wird. Zweitens berühren die durch das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht verfestigten Aufwertungserwartungen die Rationalisierungs- und Erweiterungsinvestitionen ganz unterschiedlich: Die Erweiterungsinvestition fällt der Absatzunsicherheit zum Opfer; wenn ein Exportrückgang droht, die Binnenkonjunktur damit absackt, so hütet sich jeder vorausschauende Investor vor potentiellen Überkapazitäten. Die stückkostensenkende Rationalisierungsinvestition ist hingegen um so mehr geboten.

Die empirische Wirtschaftsforschung liefert eindeutige Belege für die Asymmetrie zwischen Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestitionen. Nur etwa ein Viertel der Bruttoanlageinvestition der Industrie entfällt noch auf Erweiterungsinvestitionen. Rationalisierung umfaßt knapp dreißig Prozent, und der Rest verteilt sich auf Ersatzbeschaffung (sicher nicht ohne Rationalisierungseffekte) sowie die „sonstigen Investitionen“ (zum Beispiel Umweltschutz, Forschung und Entwicklung).⁹ Rationalisierung ist aber nicht das Problem, sondern der Mangel an Erweiterungsinvestitionen. Darauf wird unter strukturellen Aspekten zurückzukommen sein.

Wie sich aus Tabelle 2 ablesen läßt, fallen die Erweiterungsinvestitionen bei Großunternehmen (1 000 und mehr Beschäftigte) etwas stärker als bei den Klein- und Mittelbetrieben aus. Dies könnte unter anderem sowohl durch die größere Marktstärke und das damit verknüpfte Absatzpotential als auch durch die relativ höhere Exportorientierung der Großunternehmen bedingt sein. Wenn die Exporteure wegen der Wechselkurserwartungen insgesamt auch vorsichtig disponierten, so kam ihnen doch die Absatzausweitung über den Export zugute und stützte damit auch ihre Erweiterungsinvestitionen

⁸ Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, März 1988.

⁹ Vgl. Neumann, F., Struktur der Bruttoanlageinvestitionen 1986 bis 1988, in: Ifo-Schnelldienst, Jg. 41, Nr. 8/88, vom 18. März 1988, S. 23 f., 26.

immer noch stärker als dies bei Klein- und Mittelbetrieben mit einer durchschnittlich niedrigeren Exportquote der Fall war.

Tabelle 2: Struktur der Bruttoanlageinvestitionen des Verarbeitenden Gewerbes der Bundesrepublik Deutschland 1986 – 1988 (%)

	Rationalisierung			Erweiterung			Ersatz- und sonstige Investitionen		
	1986	1987	1988*	1986	1987	1988*	1986	1987	1988*
Verarbeitendes Gewerbe – insgesamt – nach Größenklassen (Beschäftigte)	30,4	29,2	29,8	24,7	25,1	23,3	44,9	45,7	46,9
20 – 49	28,5	29,1	30,3	22,6	23,4	19,9	48,9	47,5	49,8
50 – 199	29,3	29,0	32,2	23,5	25,6	19,2	47,2	45,4	48,6
200 – 999	34,8	35,2	33,9	22,4	22,6	23,6	42,8	42,2	42,5
1000 und mehr	22,7	22,3	23,0	27,6	27,3	25,6	49,7	50,4	51,4

* Zum Erhebungszeitpunkt geplant.

Quelle: Neumann, Ifo-Schnelldienst, 8/88, Tabellen 1 und 2.

Die angebotsorientierte Politik der vergangenen Jahre liefert ein Musterbeispiel für Ungereimtheiten: Angebotsorientierung zielt auf bessere Investitionsbedingungen, will also die Erwartungen der Investoren zum Positiven wenden. Tatsächlich wurde das Gegenteil erreicht, auch wenn die Mehrzahl der Investoren sich zur Klientel der derzeitigen Wirtschaftspolitik zählt. Bei Umfragen über die wichtigsten Einflußfaktoren für die Investitionstätigkeit der jüngsten Zeit zeigte sich, daß die Unternehmen den „wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen“ - gemessen an dem rhetorischen Getöse, das die Bonner Wirtschaftspolitik gerade zu dieser Frage verbreitet - eher negative Noten gaben. Eine deutliche Anregung der Investitionstätigkeit 1987 durch die „Rahmenbedingungen“ wurde nur von 2,7 Prozent der befragten Unternehmen konstatiert; 15,5 Prozent sahen eine „leichte Anregung“ durch diesen Faktor. Jedoch meinten 51,2 Prozent, daß die Rahmenbedingungen keinen Einfluß hatten, und 12,7 Prozent sahen eine leichte bis deutliche Dämpfung ihrer Investitionsneigung durch die *wirtschaftspolitischen* Rahmenbedingungen (Rest: ohne Angabe). Und für 1988 - das Jahr erneuter Steuersenkungen - zeigte sich keineswegs ein anderes Bild.¹⁰ Selbstredend handelt es sich hierbei um subjektive Einschätzungen, aber sie zeigen doch, daß die „vertrauensbildenden“ Maßnahmen der Bonner Wirtschaftspolitik gerade dort, wo sie besonders wirksam sein sollten, nicht recht angekommen sind.

Ausfuhrüberschüsse, Liquiditätspräferenz und Beschäftigung

Die bundesdeutsche Exportquote liegt um mehr als das Zweifache über der Japans, und die Arbeitslosenquote ist ebenfalls mehr als doppelt so hoch wie

¹⁰ Vgl. Neumann, F., Einflußfaktoren für die Investitionstätigkeit 1987/88, in Ko-Schnelldienst, 41 Jg., Nr. 8/88, vom 18. März 88, S. 27 f. Die Befragung fand übrigens noch vor dem Börsenkrach des 19. Oktober 1987 statt.

die japanische. Nicht daß die offizielle Arbeitslosenstatistik der Japaner stimmen würde; sie ist vermutlich um mehr als zwei Prozent geschönt. Doch die bundesdeutsche Arbeitslosenstatistik enthält auch nicht die faktische Gesamtarbeitslosigkeit; die stille Reserve wird bekanntlich nicht eingerechnet.

Wenn die Länder mit den höchsten Exportüberschüssen, den höchsten positiven Außenbeiträgen in der Weltwirtschaft nicht in der Lage sind, trotz solchen „Exports von Arbeitslosigkeit“ - nichts anderes stellen Ausfuhrüberschüsse unter dem Beschäftigungsaspekt dar - Vollbeschäftigung zu erreichen, wie kann man das dann von Volkswirtschaften mit Einfuhrüberschüssen erwarten?

Der hohe Leistungsbilanzüberschuß beweist eindeutig, daß die Arbeitslosigkeit nicht durch Exportschwäche oder zu geringe internationale Wettbewerbsfähigkeit bedingt ist. Solche Thesen sind von den Ideologen der angebotsorientierten Garde herbeiphantasiert. Die nur schimärischen „Mangelercheinungen“ der bundesdeutschen Wirtschaft haben viel mit interessenbezogener Propaganda, aber nichts mit nachprüfbaren Fakten zu tun.

Tatsache ist hingegen, daß Arbeitslosigkeit, die trotz hoher Leistungsbilanzüberschüsse weiter wuchs, eindeutig auf einen Mangel an binnenwirtschaftlicher Nachfrage zurückzuführen ist. Gewerkschaftern wird damit nichts Neues gesagt. Es gibt aber eine Reihe „linker“ Wirtschaftspolitiker, die, von den Weltmarkteinflüssen hypnotisiert, jüngst konservative Rezepte predigen - just in dem Moment, zu dem sich immer deutlicher zeigt, daß die angebotsorientierte Politik nicht nur bestehende Probleme weiter verschärft hat, sondern die einzig verbleibende Möglichkeit, die anlaufenden Rezessionstendenzen in gewissem Umfang abzufangen, in einer binnenmarktorientierten Nachfragepolitik liegt.

Ökonomen wissen, daß ein *steigender* Außenbeitrag über Multiplikatoreffekte das inländische Volkseinkommen und damit mehr oder weniger auch die Beschäftigung überproportional zum Ausfuhrüberschuß wachsen läßt — dennoch ein so schwacher Konjunkturaufschwung nach 1983 und so hohe Arbeitslosigkeit. Und nun geht die Rolle rückwärts. Der Außenbeitrag sinkt, somit ergeben sich negative Multiplikatorwirkungen.

Der skizzierte Zusammenhang von außenwirtschaftlichem Ungleichgewicht, Aufwertungserwartungen und Investitionszurückhaltung vermag auch zu erklären, warum so exportstarke Industrieunternehmen wie Daimler oder Siemens trotz des zeitweiligen Exportbooms hohe liquide Mittel halten oder Geldkapital in zinsbringende Finanzanlagen stecken, statt noch mehr Sachinvestitionen vorzunehmen. In *Erwartung* außenwirtschaftlicher Anpassungsprozesse, sprich: DM-Aufwertung, war es völlig rational, nicht in die Überkapazitäten von morgen zu investieren, sondern das Geld zu „parken“.

Keynesianer wissen seit langem, daß unsichere Zukunftserwartungen die Investoren entmutigen und dazu veranlassen, liquide Reserven für die erwar-

teten schlechten Zeiten zu halten. Wie dargelegt wirkt das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht nicht nur auf exportorientierte, sondern auf *alle* Investoren verunsichernd, deshalb die allseits beklagte Schwäche in der Sachkapitalbildung und das Ausweichen auf Finanzanlagen.¹¹

Daimler, Siemens und so weiter hätten auch bei niedrigerem Zinsniveau nicht mehr Sachinvestitionen vorgenommen. Und wenn Porsche während des zeitweiligen Absatzbooms am US-Markt seine Kapazitäten in Zuffenhausen noch weiter aufgestockt hätte, so steckte das Unternehmen heute noch tiefer im Sumpf.

Die im Verhältnis zum internationalen Geldkapitalangebot völlig überhöhten (Real-)Zinsen der vergangenen Jahre haben sicherlich gewisse Belastungen für die Investoren gebracht, aber es spielt auch viel Phantasie mit, wenn Laien, ParaÖkonomen und Neoklassiker in den Zinsen den entscheidenden Investitionsfaktor sehen wollen. Der Casino-Kapitalismus ist doch viel riskanter als die Geldanlage in einem längerfristig auch nur leidlich rentierenden Sachwert. Nur muß es eben genügend „leidlich“ rentierende Sachanlagemöglichkeiten geben, um die hohen Ersparnisse zu absorbieren. Zieht man empirische Untersuchungen über die Zusammenhänge von Zinsen und Finanzierungsmöglichkeiten einerseits und Sachanlageinvestitionen andererseits heran, so wird deutlich, daß die Finanzierungsprobleme nicht zu den Haupthindernissen der Investitionstätigkeit zählen.¹² Auch die Zinsbelastung erweist sich als unproblematisch, zumal Unternehmen in steigendem Maße auf nicht zinsbehaftetes Fremdkapital - zum Beispiel Pensionsrückstellungen - zurückgreifen konnten, das heißt, daß die „Lohnnebenkosten“ teilweise den Finanzierungsbedarf der Unternehmen zinsfrei gewährleisten.¹³

Angebotspolitik und außenwirtschaftliches Ungleichgewicht hemmen den Strukturwandel

Investitionsschwäche bedeutet nicht nur Wachstumsschwäche, sondern bremst auch die strukturelle Anpassungsdynamik. Die angebotsorientierte Strategie der Bonner Wirtschaftspolitik belastet, wie dargelegt, die Erweiterungsinvestitionen und somit Wachstum und strukturellen Wandel.

Der langfristige Strukturwandel umfaßt zwei Komponenten, die nicht immer klar unterschieden werden. Der *innerbetriebliche* und demgemäß der

11 Vgl. auch Zinn, K. G., Hausse, Baisse und Stagnation, in: Wirtschaft und Gesellschaft, Jg. 13, H 4, 1987, S. 529-535.

12 Vgl. „Von den Finanzierungsmöglichkeiten/-kosten sehen sich die Unternehmen im Durchschnitt hinsichtlich ihrer Investitionstätigkeit nur relativ wenig beeinflusst.“ Siehe Neumann, F., Einflußfaktoren für die Investitionstätigkeit 1987/88, I. c, S. 27.

13 Vgl. Janke, Arthur, Zum Wandel der Fremdkapitalstruktur der Unternehmen, in: RWI-Mitteilungen, Jg. 37/38, H 2, 1986/87, S. 257-78. - „Der Anteil des nichtzinsbehafteten Fremdkapitals an der Bilanzsumme ist kräftig gestiegen, was vor allem auf die Zunahme von Pensionsrückstellungen, kurzfristigen Rückstellungen sowie empfangenen Anzahlungen zurückzuführen ist. Der Anteil des zinsbehafteten Fremdkapitals sank dadurch von 46 v. H. auf 41 v. H.“ (im Zeitraum von 1971 bis 1984; d. V.) Infolge dieser Entwicklung läßt sich feststellen: „Tendenziell hat . . . die Nettozinsbelastung den Rückgang der Rentabilität eher abgebremst. Deshalb konnte auch nicht nachgewiesen werden, daß die gestiegene Fremdmittelquote den Dispositionsspielraum eingeengt... und das Liquiditätsrisiko zugenommen hat.“ Siehe ebenda, S. 276 f.

intrasektorale oder brancheninterne Strukturwandel beruht vorwiegend auf Rationalisierung, Modernisierung und Anpassung des Produktionsprogramms. Es geht um Produktivitätssteigerung bzw. um Wettbewerbs- bzw. Überlebensfähigkeit eines Unternehmens (Branche, Sektors). Diese Art mikroökonomischer struktureller Anpassung steht im Zentrum der angebotsorientierten Politik. Hier hat sie ohne Zweifel deutliche Erfolge aufzuweisen, was selbst dem beschäftigungs- und sozialpolitischen Katastrophenkurs der englischen Regierung nicht abzusprechen ist. Produktivitätswachstum als Ergebnis des innerbetrieblichen Strukturwandels ist die wesentliche *Voraussetzung* für (Einkommens-)Wachstum.

Doch wachsende Produktivität muß auch in dauerhaft steigende Produktion umgesetzt werden, sonst öffnet sich die Produktivitäts-Produktionsschere, und die Arbeitslosigkeit steigt. Der innerbetriebliche Strukturwandel bedarf der Ergänzung durch den *zwischenbetrieblichen* beziehungsweise intersektoralen Strukturwandel: stagnierende oder schrumpfende Sektoren müssen von Wachstumsbereichen abgelöst werden. Dieser zwischenbetriebliche Strukturwandel setzt nicht nur das *Angebot* neuer Güter (Produktinnovationen) voraus, sondern verlangt *Nachfragewachstum*. Die angebotsorientierte Politik beschränkt jedoch die Nachfrageentwicklung und kanalisiert damit das Angebot auf den Export. Der zwischenbetriebliche Strukturwandel, der *wachstumsintegriert* verläuft, also nicht als Wachstumswrsache charakterisiert werden kann, lahmt seit langem.

Hier kann nicht ausführlicher auf strukturtheoretische Grundlagen eingegangen werden, aber für die Beurteilung der Wachstums- und strukturhemmenden Effekte der praktizierten Angebotspolitik sind doch einige Hinweise auf die im Strukturwandel zusammenwirkenden Langfristtendenzen notwendig. Die beiden wesentlichen Grundtendenzen bilden einerseits das Produktivitätswachstum (Prozeßinnovationen), das den Anstieg der Pro-Kopf-Einkommen erst möglich macht, und andererseits die mit steigendem Einkommen eintretende Knappheitsminderung, die sich in Sättigung von mehr und mehr Märkten zeigt. Das Musterbeispiel einer solchen Entwicklung liefert die Agrarproduktion in reifen Volkswirtschaften.

Marktsättigung bedeutet Stagnation oder gar Schrumpfung der betreffenden Produktion. In jedem Fall kommt es zur Entlassung von Arbeitskräften. Bei unveränderter Arbeitszeit läßt sich das gesamtwirtschaftliche Beschäftigungsniveau somit nur erhalten, wenn den stagnierenden und schrumpfenden Sektoren genügend Wachstumsbereiche gegenüberstehen. Dies wird offenkundig um so schwieriger, je höher das erreichte Konsumniveau liegt, da sich dann mehr und mehr Haushalte bei mehr und mehr Gütern der Sättigungsgrenze nähern. Selbstverständlich gibt es Gegenkräfte: Werbung, Produktvariationen und echte, gebrauchswertsteigernde Produktinnovationen. Doch nach einschlägigen Beobachtungen zu urteilen, tut sich die Industrie recht schwer, solche markterweiternden, für potentielle *und* zahlungsfähige Käufer attraktive Innovationen hervorzubringen.

Stagnations- und Schrumpfungssektoren einerseits und Wachstumsbereiche andererseits sind geographisch ungleichmäßig verteilt. Daher rühren die regionalen Strukturunterschiede.¹⁴

Wie dargelegt begünstigt die angebotsorientierte Politik die Rationalisierungsinvestitionen, also den produktivitätswirksamen innerbetrieblichen Strukturwandel. Sie behindert den zwischenbetrieblichen, wachstumsintegrierten Strukturwandel. Damit werden die Regionen, die durch einen relativ hohen Anteil von Stagnations- und Schrumpfungsbereichen gekennzeichnet sind, also die strukturschwachen Gebiete, benachteiligt. Zwar profitierten auch sie von der Rationalisierungsförderung, aber die Stahlindustrie oder die Werften lassen sich durch noch soviel Rationalisierung nicht wieder in Wachstumsbereiche verwandeln. Die strukturellen Probleme, insbesondere die strukturelle Arbeitslosigkeit, erfordern zwischenbetrieblichen Strukturwandel, und der hängt vom Nachfragewachstum und den damit induzierten Erweiterungsinvestitionen ab.

Die angebotsorientierte Argumentation fordert von den strukturschwachen Branchen und Regionen, sie sollten sich durch Verbesserung ihrer (internationalen) Wettbewerbsfähigkeit sanieren. Das kann nur heißen, Absatz und Wachstum über den Export zu suchen. Da die Bundesrepublik bereits eine sehr hohe Exportquote aufweist *und* das außenwirtschaftliche Gleichgewicht, wie dargelegt, erheblich gestört ist, sind jene Ratschläge dumm und zynisch.¹⁵ Richtig wären solche Rezepte allenfalls in einem exportschwachen Land mit Leistungsbilanzdefiziten; wobei dann noch zu prüfen wäre, ob nicht schlicht ein überbewerteter Wechselkurs (so USA) vorliegt. Wachstum und wachstumsintegrierter Strukturwandel müssen in der Bundesrepublik wegen des hohen Leistungsbilanzüberschusses primär über binnenwirtschaftlich eingeleitete Expansion erreicht werden. Und es gibt auch keinen anderen Weg, um das außenwirtschaftliche Gleichgewicht möglichst exportunschädlich wiederzugewinnen.

Zwischenbetrieblicher, intersektoraler Strukturwandel setzt Nachfrage voraus. Das ist keine hinreichende, aber eine notwendige Bedingung. Technologiesubventionen, High-tech-Strategien, Existenzgründerhilfen und dergleichen angebotsorientierte Maßnahmen laufen ins Leere, wenn keine Nachfrage in Sicht ist. Eine Volkswirtschaft, die wie die Bundesrepublik ständig

14 Vgl. ausführlicher Schäffler, Wilhelm Dietrich, Regionale Entwicklung im gesamtwirtschaftlichen Wachstumsprozeß. Theoretische Perspektive und historisch-statistische Analyse am Beispiel des Aachener Wirtschaftsraums, Frankfurt/M. u. a. 1987; zum Zusammenwirken von Prozeß- und Produktinnovationen sowie zum Problem sättigungsbedingter Stagnation vgl. Zinn, K. G., Arbeit, Konsum, Akkumulation. Versuch einer integralen Kapitalismusanalyse von Keynes und Marx, Hamburg 1986. Zur langfristigen Prognose von Stagnationsproblemen vgl. Keynes, John Maynard, Some Economic Consequences of a Declining Population (1937), in: The Collected Writings of John Maynard Keynes, Bd. 14, London-Basingstoke 1971 f., S. 124-133; derselbe, The long-term problem of full employment, in: ebenda, Bd. 27, S. 320 ff. Selbstverständlich ließen sich viele weitere Arbeiten von Keynes anführen, die sich der Sättigungs- und Stagnationsproblematik widmen, aber in den beiden genannten Quellen finden sich besonders treffsichere prognostische Aussagen.

15 Es war bereits darauf hingewiesen worden, daß strukturschwache Bereiche durchaus eine überdurchschnittliche Exportquote aufweisen können und dennoch bzw. deshalb Wachstumsprobleme dort kumulieren. Vgl. oben Fußnote 6.

hohe Leistungsbilanzüberschüsse erreicht, kann neue Märkte nicht mehr vorwiegend im Ausland suchen, sondern muß selbst zur Markterweiterung für ihre Anbieter beitragen. Die angebotsorientierte Politik hat das nicht nur versäumt, sondern die Chancen für Absatzwachstum am Binnenmarkt massiv verschlechtert. Der leichte Konsumanstieg im Zuge der Steuersenkungen kann den lang anhaltenden Rückgang öffentlicher Investitionen nicht ausgleichen. Was an Nachfragebelebung durch die Steuersenkungen bewirkt wird, gehört zur Kategorie „Strohfeuereffekt“, wie sich bald herausstellen wird. Die öffentlichen Haushalte rutschen infolge der Steuersenkungen auf der schiefen Verschuldungsebene weiter ab - ganz nach US-Vorbild. Nur sind die bundesdeutschen Konsumenten und Investoren allergischer gegen Staatsverschuldung, so daß die Zukunftsunsicherheit auch aus diesem Grund weiter wachsen wird.

Regionale und unternehmensgrößenbezogene Diskriminierung durch angebotsorientierte Exportprotektion

Sektorale Strukturprobleme überschneiden sich mit regionalen. Diskriminierung des zwischenbetrieblichen, intersektoralen Strukturwandels bedeutet daher auch Diskriminierung der strukturschwachen Regionen. Ihre Strukturschwäche resultiert - wie skizziert - aus einem regionalen Übergewicht von Stagnations- und Schrumpfungsbereichen im Fall der sogenannten „altindustriellen“ Räume,¹⁶ oder es handelt sich um überhaupt nicht beziehungsweise zu gering industrialisierte (Agrar-)Regionen. Altindustrielle Regionen werden von der exportorientierten Angebotspolitik nicht deshalb benachteiligt, weil sie etwa binnenmarktorientiert produzieren - das Gegenteil liegt häufig vor -, sondern weil nur die binnenwirtschaftliche Expansion genügend Wachstumsspielräume eröffnet, um den zwischenbetrieblichen Strukturwandel der schwachen Regionen voranzubringen.

Stahl und Werften sind Exportindustrien auf Stagnationsmärkten, auf denen sich zu viele Anbieter drängen. Wie bereits erwähnt, lassen sich solche Stagnationsbereiche nicht durch Rationalisierung und innerbetrieblichen Strukturwandel zu neuen Wachstumsindustrien machen. Das gelänge nur einem Nachfrageboom am internationalen Stahlmarkt bzw. im Schiffbau - etwa wegen neuer Kriege.

Das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht beschränkt die Möglichkeit, mehr zu exportieren, *generell*. Der zwischenbetriebliche Strukturwandel von der Stahlerzeugung und dem Schiffbau hin zu neuen, wachstumsträchtigen Exportproduktionen ist deshalb nicht der Königsweg, wie die Angebotspolitik verheißt. Der Leser möge die Redundanz des Arguments verzeihen, aber die an sich einfachen gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen Leistungsbilanzüberschuß und der *notwendigen* binnenwirtschaftlichen Richtung

¹⁶ Die konventionelle Bezeichnung „altindustrielles“ oder „altindustrialisiertes“ Gebiet für strukturschwache Regionen legt eine falsche Sicht nahe. Das Alter einer Industrie besagt noch nicht, daß sie auch strukturschwach sein muß. Kfz-Industrie, Chemie oder Elektrotechnik sind auch keine „jungen“ Industrien mehr, obgleich sie zu den Wachstumsbereichen zählen.

von Wachstum und wachstumsintegrierten, zwischenbetrieblichen Strukturwandel werden immer wieder übersehen.

Verzicht auf binnenwirtschaftliche Nachfragepolitik bei angebotsorientierter Exportförderung diskriminiert die strukturschwachen Regionen auf zweifache Weise: Der Ausweg über binnenwirtschaftlich getragenes Wachstum wird erstens blockiert, und zweitens dämpfen die vom außenwirtschaftlichen Ungleichgewicht bewirkten Erwartungsunsicherheiten den gesamtwirtschaftlichen Investitionsprozeß. Damit fallen auch die Multiplikatoreffekte schwächer aus, von denen die strukturschwachen Regionen selbst dann mitprofitieren, wenn sie nicht zu den bevorzugten Standorten von Neuinvestitionen zählen. Die angebotsorientierte Politik der protegierten Leistungsbilanzüberschüsse reduzierte das Wachstum und verschob die *insgesamt* verminderten Wachstumsraten auch noch zwischen den Regionen - zuungunsten der strukturschwachen.

Es versteht sich, daß eine binnenwirtschaftlich orientierte Wachstumspolitik auch bessere Gewinnchancen für binnenmarktorientierte Anbieter bewirkt. Beispielhaft sei auf den Bausektor verwiesen. Bessere Gewinnchancen, das heißt eine höhere gesamtwirtschaftliche *Gewinnsumme* - durchaus vereinbar mit einer niedrigeren Gewinnquote als zur Zeit -, gibt mehr selbständigen Unternehmen Existenzmöglichkeiten. Mehr Geldkapital würde in Sachanlagen investiert, statt sich zinstragend zu verwerten. Möglicherweise wären die Sachkapitalrenditen im Durchschnitt nicht höher als gegenwärtig, aber abgesehen davon, daß die *Gewinnmasse* wichtiger ist als die *Rendite*, zu der sie erwirtschaftet wird,¹⁷ würde sich die Gewinnsumme der Volkswirtschaft *gleichmäßiger* zwischen den Unternehmen verteilen, statt auf den Exportsektor und seine Zulieferanten konzentriert zu werden. Unter strukturpolitischem Aspekt brächte dies zwei wichtige Vorteile: Erstens stärkt eine nivellierte Gewinnverteilung die Konsumnachfrage aus Gewinneinkommen (Keynes⁵ fundamentales psychologisches Gesetz, daß aus hohen Einkommen relativ weniger konsumiert wird als aus niedrigen, gilt für Arbeits- wie Besitzeinkommen gleichermaßen), so daß das gesamtwirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen freiwilliger Ersparnis und zu niedriger Investition durch den Anstieg der Konsumquote reduziert wird. Zweitens produzieren für den Binnenmarkt relativ mehr Klein- und Mittelbetriebe als im Exportsektor, so daß jener Unternehmenstyp gestützt würde.

Die einseitige Exportkonjunktur hat möglicherweise unter mittelstandspolitischen Gesichtspunkten schwere Schäden verursacht.¹⁸ Sicher ist aber, daß

¹⁷ Es würde vom Thema fortführen, auf das theoretische, aber auch praktisch relevante Problem einzugehen, daß die Rentabilitätsorientierung (Profitratendogma) übersieht, daß letztlich die Gewinnmasse weitaus wichtiger ist als die Rentabilität, zu der die Gewinne erzielt werden. Vgl. aber ausführlich Helmedag, Fritz, Die Technikwahl bei linearer Einzelproduktion oder die dritte Krise der Profitrate, Frankfurt/M. 1986.

¹⁸ Am Handwerk läßt sich exemplarisch die Benachteiligung binnenmarktorientierter Produzenten durch die mit außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten verbundenen relativ abrupten Anpassungsprozesse belegen. „Durch die starke Ausrichtung seiner Produktion auf den lokalen und regionalen Bedarf der (konsumierenden) Haushalte ist das Handwerk der unmittelbaren und mittelbaren Importkonkurrenz ausgesetzt, ohne selbst die Möglichkeit zu haben, in nennenswertem Maße auf den Auslandsmärkten tätig zu sein. Weite Teile

der mit dem Abbau des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts anstehende Konjunkturreinbruch vor allem wieder Klein- und Mittelbetriebe in den Konkurs treiben wird.

Die Kritik an den negativen strukturellen Wirkungen der angebotsorientierten Konzeption darf nicht zu dem Mißverständnis führen, als hätten sich die Probleme der strukturschwachen, altindustriellen Regionen erst durch die Angebotspolitik ergeben. Es geht nur darum, daß die angebotsorientierte Politik den für diese Regionen unabdingbaren zwischenbetrieblichen Strukturwandel behindert. Die Strukturschwäche der Stahlregionen, der Kohle- und Schiffbaustandorte und so weiter erklärt sich aus den bereits skizzierten Langfristtendenzen von Stagnation und Schrumpfung einerseits und dem Versäumnis, durch Strukturplanung und vorausschauende Anpassungsmaßnahmen für einen allmählichen Strukturwandel andererseits zu sorgen.¹⁹ Die Vernachlässigung der binnenwirtschaftlichen Wachstumsmöglichkeiten reicht ebenfalls in die Zeit vor Beginn der ausdrücklich angebotsorientierten Politik zurück und beruht nicht zuletzt auf der fundamentalen Fehldiagnose, bei der weltwirtschaftlichen Wachstumsabschwächung handele es sich um ein Konjunkturproblem.

Zusammenfassung

Exportzunahmen tragen nur in dem Maße zu Wachstum und Beschäftigungszunahme bei, als die Ausfuhrsteigerung zugleich einen Leistungsbilanzüberschuß beziehungsweise eine Zunahme des Außenbeitrags bewirkt. Dies war während der vergangenen Jahre der Fall. Die Konjunktur wurde fast ausschließlich vom Leistungsbilanzüberschuß getragen. Die Höhe des bundesdeutschen Leistungsbilanzüberschusses erfüllt eindeutig die Kriterien eines „*außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts*“. Der Leistungsbilanzüberschuß ist weder normal noch volkswirtschaftlich vernünftig. Er wird wieder deutlich sinken, das heißt es wird sich ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht einstellen. In Erwartung der notwendigen Anpassung bleiben die Investitionen relativ schwach.

Trotz Hinnahme, ja Förderung des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts in Form des hohen Leistungsbilanzüberschusses stieg die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik tendenziell weiter an. Wenn es der Wirtschaftspolitik der Regierung nicht einmal gelungen ist, bei hohen Ausfuhrüberschüssen Voll-, ja Überbeschäftigung zu gewährleisten, wird ihr dies mit der bisher praktizierten Politik noch weit weniger gelingen, wenn der außenwirtschaftliche Anpassungsprozeß zu einem Leistungsbilanzgleichgewicht zwingt.

des Handwerks sind deshalb in der ungünstigen Situation, zwar viele der Risiken von international offenen Märkten tragen zu müssen, ohne jedoch - wie die Industrie - die hieraus erwachsenden Chancen angemessen wahrnehmen zu können." Siehe Lamberts, Willi, Handwerksbericht 1987. Handwerk zwischen Außen- und Binnenkonjunktur, in: RWI-Mitteilungen, Jg. 37/38, H 2, 1986, S. 306.

¹⁹ Vgl. den Überblick zur langfristigen Investitions- und Wachstumsentwicklung in den bundesdeutschen Ländern bei Kampmann, Investitionstätigkeit, I. c, S. 281, 288 passim.

Die angebotsorientierte Wirtschaftspolitik verletzte von den Zielen des „magischen Vierecks“ gleich drei und verstieß damit gegen § 1 des Stabilitätsgesetzes: das Beschäftigungsziel ist verletzt, das Wachstumsziel ist verletzt und das Ziel, außenwirtschaftliches Gleichgewicht zu gewährleisten, ist verletzt.

Arbeitslosigkeit und unausgeschöpftes Produktionspotential *trotz* einmalig hoher Leistungsbilanzüberschüsse haben weder etwas mit unzureichender internationaler Wettbewerbsfähigkeit noch mit irgendwelchen anderen Angebotsmängeln zu tun. Die Erklärung für die dreifache Zielverletzung durch die Wirtschaftspolitik liegt in der Deflationierung der binnenwirtschaftlichen Nachfrage. In einer Weltwirtschaft, in der das globale Angebot von der globalen Nachfrage nicht abgenommen wird, müßten jene Länder ihre Absorption steigern, die - *wie die* Bundesrepublik und Japan - permanent Leistungsbilanzüberschüsse erreichen. Höhere binnenwirtschaftliche Nachfrage setzt aber einen entsprechenden Anstieg der Masseneinkommen und/oder höhere staatliche Ausgaben voraus. Beides impliziert veränderte Verteilung der Kaufkraft, was aber den Interessen gerade jener Schichten entgegensteht, die von der angebotsorientierten Politik Vorteile erfahren.

Wachstumsschwäche und Arbeitslosigkeit kann die Bundesrepublik nur überwinden, wenn sie die binnenwirtschaftlichen Expansionskräfte nutzt. Inländische Produktion und Beschäftigung sind auf inländische Nachfrage angewiesen, weil eine Steigerung des Leistungsbilanzüberschusses weder möglich noch vernünftig ist. Die angebotsorientierte Politik erweist sich jedoch als ungeeignet, die weitere Entwicklung in diese Richtung zu lenken. Die ausfuhrbezogene Angebotspolitik zeigt nicht nur in diesem Punkt Ähnlichkeiten zur merkantilistischen Außenhandels- und Gewerbeförderung. Technologiepolitische Privilegierung bestimmter (hochtechnologischer) Bereiche und Rationierungsförderung sind in einer Entwicklungswirtschaft, die durch Übernachfrage charakterisiert ist, angemessen. In reifen Volkswirtschaften stellt sich jedoch nicht mehr das Problem, daß der Verbrauch ständig das Angebot zu übersteigen droht, sondern umgekehrt zeigen sich Absatzschwierigkeiten. Der hohe Leistungsbilanzüberschuß bei gleichzeitiger Arbeitslosigkeit belegt, daß ein Angebotsüberhang besteht. Mit dem Abbau des außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts vermindert sich das Wachstum erneut und der wachstumsintegrierte, zwischenbetriebliche Strukturwandel fällt noch weiter zurück. Die regionalen Strukturprobleme bleiben ungelöst, und die Sterberate der Klein- und Mittelbetriebe steigt wieder.

Im Endeffekt dürfte sich die angebotsorientierte Politik als eine Mammutanstrengung erweisen, hochproduktive Volkswirtschaften noch produktiver zu machen, aber ihnen die Nachfrage abzuschneiden, ohne die Produktivitätswachstum nicht in Wirtschaftswachstum umgesetzt wird. Denn der produktivitätswirksame technische Fortschritt erhöht nicht nur die Wachstumsmöglichkeiten, sondern bedeutet zugleich, daß der *Wachstumsbedarf* steigt, wenn der technologischen Arbeitslosigkeit nicht durch entsprechende Arbeitszeitverkürzungen begegnet wird. Gegenwärtig erweisen sich die weltwirtschaftlichen

Marktmechanismen als wachstumswidrig, da sie nicht zuletzt wegen der zunehmenden finanzwirtschaftlichen Instabilitäten²⁰ das realwirtschaftliche Wachstum und damit auch den zwischenbetrieblichen Strukturwandel stören. Die angebotsorientierte Politik steuert auf einen weltweiten Zusammenbruch zu.

²⁰ Vgl. zur generellen Zuspitzung des Finanzmarktchaos die eindrucksvolle Analyse von Hankel, Wilhelm, Die aktuelle Finanzkrise, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 39, Jan. 1988, S. 1-13.